

Bundesrat

Drucksache 1027/1/97

18.12.97

Antrag

der Länder Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Zusammenführung und
Neugliederung der Bundeseisenbahnen**

Punkt 84 der 720. Sitzung des Bundesrates am 19. Dezember 1997

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat verlangt die Einberufung des Vermittlungsausschusses gemäß Art. 77 Abs. 2 des Grundgesetzes mit dem Ziel der grundlegenden Überarbeitung des Gesetzes.

Begründung:

Im Gesetzesbeschluß ist die Tilgungsstreckung von Altschulden der ehemaligen Bundeseisenbahnen vorgesehen. Das Instrument der Tilgungsstreckung hat finanzwirtschaftliche Bedeutung auch für andere Bereiche und bedarf insoweit einer vertieften Erörterung.

Ausgeliefert am 18. DEZ. 1997